

Öffentliches Geld für private Armutsbekämpfung

Über die (Un-)Moral transnationaler Konzerne

Silvia Pitscheider

Zwei Kürzel – CSR und MDGs – dominieren zurzeit die Bühne des entwicklungspolitischen Diskurses. CSR bedeutet Corporate Social Responsibility und bietet als Konzept Unternehmen die Möglichkeit, sich die Aspekte ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung bewusst zu machen. MDGs oder Millennium Development Goals sind ein politisches Programm, welches Regierungen auffordert, mehr Geld in die Entwicklungspolitik zu investieren. Beide Vorhaben beruhen auf Marktöffnung und rütteln nicht an den Wurzeln ungerechter Machtverteilung.

Die Kreuzung dieser beiden Schlagwörter CSR und MDGs führt zu einer vermehrten Einbindung der Wirtschaft in die Entwicklungszusammenarbeit. Nehmen auf der einen Seite Unternehmen entwicklungspolitische Aufgaben wahr und werden auf der anderen Seite zusätzliche Gelder für die Armutsreduzierung locker gemacht, so ist eine logische Folge daraus, dass auch Unternehmen für ihr soziales Engagement aus dem Finanztopf für Entwicklungszusammenarbeit schöpfen können. Und das passiert bereits. Seit 20. Jänner 2005 gibt es in Österreichs Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) zwei neue Kooperationsinstrumente: „Entwicklungspartnerschaften“ und „Unternehmenspartnerschaften“. Das erste ist ein gemeinsames Vorhaben von privaten Unternehmen und der OEZA bei der Realisierung von entwicklungspolitisch relevanten Projekten im Umfeld der unternehmerischen Tätigkeit. Im zweiten Falle unterstützt die OEZA Kooperationen zwischen Unternehmen in Europa und in Entwicklungsländern. Gefördert werden Aktivitäten wie Auslagerungen, Zulieferverträge und Franchisingabkommen, die auch der lokalen Bevölkerung zu Gute kommen sollen.

Soziales Handeln von Unternehmen baut auf den Forderungen von KonsumentInnen auf und ist in sehr wenigen Fällen eine Eigeninitiative der Unternehmen. Der Druck von der Straße hat Konzerne in Zugzwang gebracht und dazu geführt, dass multinationale Konzerne ihre Tätigkeit heute nicht nur gegenüber ihren Aktionären, sondern auch gegenüber KonsumentInnen, ArbeitnehmerInnen, Parlamenten und Regierungen verantworten müssen.

Mehrfaches Startjahr 2000

Im Juli 2000 wurde der „Global Compact“ von den Vereinten Nationen lanciert. Dieser ist die einzige globale CSR-Initiative und



zählt über 1.500 Mitglieder. Österreich ist derzeit mit fünf Unternehmen präsent. Der Global Compact ist – wie alle CSR-Initiativen – ein freiwilliges Bekenntnis zu gemeinsamen Werten und kein Kontrollorgan. Der Leitgedanke ist, dass mehr Globalisierung schnelleres Wachstum, Einkommenssteigerung und Armutsreduktion bedeutet. Leitidee ist dabei, die Entwicklungsländer stärker in die Globalisierung einzubeziehen. In diesem Sinne steht der Global Compact im Dienste der MDGs, die – ebenso im Jahr 2000 – auf der Millenniumskonferenz der Vereinten Nationen in New York ihren Startschuss hatten. So hat sich das Verhältnis der Vereinten Nationen zur Wirtschaft in den letzten Jahren von der Konfrontation zur Kooperation gewandelt und Transnationale Unternehmen werden heute als bevorzugte Partner umworben.

Imagegewinn durch Selbstverständliches

Dieses Bekenntnis, dass die Unternehmen eine aktive Rolle in der Armutsbekämpfung einnehmen müssen und die Märkte geöffnet werden sollen, muss jedoch auf den Prüfstein gelegt werden. Denn der stärkeren Einbeziehung der Privatwirtschaft in die Arbeit der Vereinten Nationen liegt eine mangelnde Transparenz zugrunde und schürt den Verdacht, dass sich die Konzerne Imagegewinne schaffen, ohne ernsthaft an der Lösung der Probleme zu arbeiten.

Werden außerdem die Initiativen der Unternehmen mit öffentlichen Entwicklungsgeldern finanziert, wie es seit Neuestem in Österreich möglich ist, so erhöht sich die Problematik zusätzlich. Soziale Verantwortung soll nicht belohnt werden, sondern selbstverständlich und gesetzlich festgeschrieben sein. Unternehmen soll nicht die Möglichkeit geboten werden, ihr unsoziales Handeln hinter den wenigen Wohlstandsprojekten ver-

stecken zu können. Denn von Umweltzerstörung bis zur Steuerermoral ist die Liste der unsozialen Machenschaften der Konzerne unendlich.

Todesfalle „Deadline“

Erst kürzlich machte ein Fall aus Bangladesch Furore. In der Hauptstadt stützte ein neunstöckiges Fabrikgebäude nach Mitternacht ein. Trotz der späten Stunde waren noch mehrere hundert ArbeiterInnen an den Nähmaschinen. Als die Betondecke einstürzte, war jede Flucht unmöglich und die Rettungsarbeiten dauerten über einer Woche.



Wenige Stunden vor dem Einsturz informierten besorgte Beschäftigte die Fabrikleitung über akute Risse im Bauwerk, doch das Management erklärte, dass für solche Sorgen keine Zeit sei. Die Firma müsse eine Exportdeadline erreichen. Aus dieser „deadline“ wurde schließlich ein „dead trap“. Über 70 Tote wurden geborgen und nach Tagen wurden noch über 200 Menschen vermisst. Die meisten Opfer waren zwischen 15 und 25 Jahre alt. Neben diesem Vergehen an den Sicherheitsmaßnahmen ist Bangladesch für das niedrige Lohnniveau und für ein gefährliches Maß an Korruption bekannt. Die Summe dieser Faktoren garantieren Handelskonzernen Supergewinne.

Dieser Fall aus Bangladesch ist kein Einzelfall, sondern lässt sich bestens in der Kette skrupelloser Investitionspraktiken von Unternehmen einreihen. Verhaltenskodizes, mit denen Unternehmen häufig auf Vorwürfe reagieren, verdecken dabei die Realität. Summen, die Unternehmen für soziale Projekte investieren, sind zumeist sehr kleine Beträge im Vergleich zu dem, was sie durch Ausbeutung erwirtschaften. Soziale Verantwortung von Unternehmen ist dringend gefragt, doch nicht auf Freiwilligkeit basierend und schon gar nicht mit Belohnungszuckerln der öffentlichen Hand, die nur eine weitere Hilfe für Unternehmen sind, um Kosten zu sparen. Durch diese neue Partnerschaft kommen in erster Linie multinationale Konzerne zum Zug. Klein- und Mittelbetriebe werden kaum dieses Angebot der Entwicklungszusammenarbeit nutzen, da sie nicht die Kontakte zu anderen Betrieben in Asien, Lateinamerika oder Afrika haben und sich dieser Aufwand nicht auszahlen würde, da die Betriebe 50 % Eigenmittel einbringen müssen. Außerdem kämpfen sie auf nationalem Boden ums Überleben und viele mussten im Konkurrenzkampf mit transnationalen Unternehmen die Tore schließen.

Schuldenerlass und gerechte Steuern

Würden die Millenniumsziele und die Verantwortungspflicht der Unternehmen wirklich ernst genommen, müssten die Regierungen das Ruder drehen und in eine andere Richtung steuern. Ein Ansatzpunkt wäre ein umfassender Schuldenerlass. Die Schuldentilgung armer Länder ist höher als deren Sozialausgaben. So betrug sie in Nicaragua im Jahr 2003 326 Mill. US\$. Im selben Jahr beliefen sich die öffentlichen Gesundheitsausgaben auf nur 141 Mill. US\$. Nur eine umfassende Entschuldung gewährt den betroffenen Menschen im Süden ein tatsächliches Recht auf Entwicklung. Doch nicht nur eine Streichung der



Schulden, sondern auch ein gerechtes Steuersystem würde den Ländern des Südens die Möglichkeit bieten, ihre Bevölkerung besser zu versorgen, beispielsweise mit besseren Schulen und Spitälern. Eine Studie des UNO-Entwicklungsprogramms UNDP zeigte 1997, dass Steuereinnahmen in allen Industrieländern 26% ihres Bruttoinlandproduktes (BIP) ausmachen. Davon wurden Leistungen im Schul- und Gesundheitswesen im Wert von 12% des BIP finanziert. In den armen Entwicklungsländern betragen die Steuereinnahmen dagegen nur 11% des BIP, die Ausgaben für Schule und Gesundheit nur 4%.

Nicht an die Wurzel der Armut

Investitionen alleine beseitigen die Armut nicht. Mehr Grundschulbildung und bessere Wasserversorgung kommen sicher einigen Armen zugute, jedoch tasten diese Maßnahmen die Strukturen der Armut nicht an. Im Gegenteil: Liberalisierung gilt als goldener Schlüssel zu Wohlstand und Armutsbekämpfung und die Armutseffekte von Marktöffnung werden ignoriert. Doch gerade um Frauen aus der Armutsfalle zu helfen, sind dringend Maßnahmen gefragt, die nicht eine versteckte Wirtschaftsförderung sind, sondern ihnen ermöglichen, mit eigener Kraft die Lebensgrundlagen dauerhaft armutsfrei zu sichern. Ein umfassender Schuldenerlass, ein faires Steuersystem, gerechte Handelsbeziehungen sowie eine Erhöhung der staatlichen Entwicklungshilfe für nachhaltige Projekte sind nur einige wichtige Aspekte, in denen die Politik aktiv werden könnte.

Zum Weiterlesen:

iz3w Nr. 285 (Freiburg/B. 2005)
www.iz3w.org; www.ada.gv.at; www.uno.de; www.evb.ch;
www.cleanclothes.de